Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 51 (1973-1974)

Heft: 1

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8021 Zürich 8001 Zürich 51. Jahrgang Nr. 1 April 1973 Auflage 18 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber
Redaktionsadresse: Rämistr. 66, 8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 2023 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 34 00, Telex 55 235

Achtmal jährlich
Abonnementspreis (inkl. «konzept»): 1 Jahr Fr. 13.—
auf Postscheckkonto 80–35 598, «zürcher student», Zürich

ü statt U+

oder Wie das Volk hinters Licht geführt wird

Am 20. Mai werden die Stimmbürger aus Stadt und Kanton Zürich voraussichtlich (eine Beschwerde gegen die Abstimmung ist hängig) über die kombinierte U- und S-Bahn-Vorlage zu befinden haben. Für «U+S» wird kapitalkräftig die Werbetrommel gerührt. Ohne das unbestrittene «S» bleibt noch das «U+». (Jede Aehnlichkeit mit «Y+» ist rein zufällig.) Diesem «U+» möchten wir das «ü» gegenüberstellen – überleben oder untertauchen, vielleicht auch untergehen. Die U-Bahn-Frage scheint uns von ihren Auswirkungen und ihren Hintergründen her derart bedeutend und instruktiv, dass wir ihr ungewöhnlich viel Platz einräumen. Dieser Artikel befasst sich mehr mit der verkehrstechnischen Seite. Unten folgt ein Kommentar zu einigen politischen Vorfällen (oder «U»nfällen). Im «konzept» schliesslich werden die wirtschaftlichen Hintergründe des Vorhabens ausgeleuchtet.

Beat Schweingruber

Es besteht kein Zweifel, dass der öffentliche Verkehr gefördert werden muss, und zwar gewaltig. Es ist aber sehr stark zu bezweifeln, dass eine U-Bahn für Zürich – und erst recht gerade *diese* U-Bahn – die angemessene und richtige Lösung ist.

Die Zürcher Behörden von Stadt und Kanton und mit ihnen die meisten Parlamentarier tun zwar so, als wäre die U-Bahn das Ei des Jahrhunderts. (Das ist sie allerdings – nur leider des vorigen.) Die U-Bahn-Vorlage sei eine «*in jeder Hinsicht ausgewogene Lösung*». «*Die Vorlage hilft entscheidend mit, die Lebensqualität der Region Zürich zu verbessern.*» Die U-Bahn habe «*mehr Vorteile als jedes andere Verkehrsmittel*».

Man geht sogar so weit, der U-Bahn überhaupt nur Vorteile zuzuschanzen und ihr jeglichen Nachteil ganz abzusprechen. Das muss einen stutzig machen, wenn man die lange Liste von Nachteilen durchgeht, die sich ohne viel Mühe zusammenstellen lässt. Die U-Bahn bringe *mehr Wohnlichkeit, kürzere Fahrzeiten, sie mache den öffentlichen Verkehr attraktiv und dämme den schrankenlosen Individualverkehr ein.* Diese Argumente lassen sich alle widerlegen, und ich werde das im folgenden auch zu tun versuchen.

Mehr Transportvolumen oder weniger Autos?

Vorgängig jedoch ist es unerlässlich, sich die Grundsatzfrage nach dem Zweck eines solchen Verkehrsmittels zu stellen. Wozu sollen die Millionen- und Milliardenbeträge investiert werden?

Will man den öffentlichen Verkehr ausbauen, allein um das *Verkehrsvolumen zu vergrössern?* Mit andern Worten, sollen einfach *noch mehr Arbeitskräfte* in die Stadt geschleust und damit das *wirtschaftliche Wachstum* mit all seinen Folgen noch weiter angekurbelt werden? Der Privatverkehr würde dabei nicht ab-, sondern noch zunehmen. – Oder will man den öffentlichen Verkehr ausbauen, um damit den stadtzerstörenden *Individualverkehr einzudämmen*, das heisst, will man bei ungefähr *gleichbleibendem Transportvolumen den Verkehr von der Strasse auf die Schiene verlagern?*

Die Zürcher Behörden und Parlamente wollen das erste – hiefür wäre die U-Bahn wohl auch tauglich. Will der Stimmbürger aber das zweite – und er möge die Weisheit dazu besitzen –, dann muss er sich bewusst sein, dass diese Verlagerung vom privaten auf den öffentlichen Verkehr nur dann möglich ist, wenn die *Verhältnisse in der ganzen Region grundlegend verbessert werden.* Ein gutes Angebot auf ein, zwei Linien vermag zwar die Begünstigten dazu zu bewegen, auf das Auto zu verzichten; das schafft aber nur gerade den Raum, der dann jener Mehrheit die Benützung des Autos erleichtert, für welche sich die öffentlichen Verkehrsverhältnisse nicht oder im negativen Sinne geändert haben. Es ist eine Illusion zu glauben, die U-Bahn wachse jemals zu einem brauchbaren Netz zusammen, schon gar nicht in absehbarer Zeit!

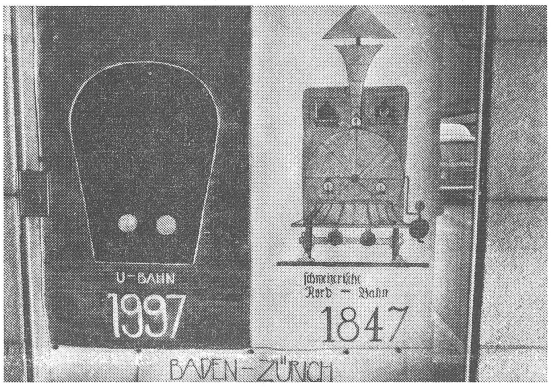
Die *Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ)* bieten heute mit Tram und Bus ein relativ *kompaktes öffentliches Verkehrssystem* an, ein *eng verflochtenes Netz* von zahlreichen Linien und Beziehungen, welches es ermöglicht, verhältnismässig einfach von einem Ort innerhalb der Stadt zu einem andern zu gelangen. Das Netz liesse sich auch recht unproblematisch erweitern und verdichten. Zwar ist manches am Betrieb der VBZ noch unerfreulich und ungenügend, doch lassen sich mit einem vergleichsweise bescheidenen Sanierungsprogramm die notwendigen Verbesserungen erzielen. (Mit 200 Mio. Fr. lassen sich die Fahrzeiten um 20–30% verkürzen, die Leistungsfähigkeit um 20% steigern sowie der 4-Minuten-Betrieb in Spitzenzeiten einführen. (Vgl. «Tages-Anzeiger»-Magazin vom 7. 4. 73.)

Das Wesentliche ist jedenfalls, dass es sich um ein in sich geschlossenes System handelt, dass ein Netz vorliegt mit möglichst einfachen Umsteigebeziehungen und dass möglichst alle Einwohner des Siedlungsgebiets an dieses Netz angeschlossen sind.

Nun ist es durchaus möglich, dass auch U-Bahnen solche Netze bilden. Die *Pariser Metro* ist ein gutes Beispiel dafür, abgesehen davon, dass in einem U-Bahn-System die *Umsteigebeziehungen nie befriedigend* gelöst werden können (lange Wege, totale Unübersichtlichkeit der unterirdischen Stationsanlagen).

Verstümmeltes Tramnetz

Wenn jetzt aber in *Zürich* eine U-Bahn-Linie gebaut wird, dann bedeutet das, dass aus dem bestehenden *funktionierenden Netz wesentliche Teile herausgerissen* und durch einen isolier-



Da hat's in Baden jemand gemerkt

Alle Massstäbe verloren

Eigentlich möchte man meinen, die U-Bahn sei eine Sachfrage: Kostet so und so viel, hat die und die Wirkung, diese Vorteile und jene Nachteile, diese und jene Unsicherheit. Punkt. Abstimmen!

Lange haben die Planer sogar getan, als sei die U-Bahn eine rein technische Angelegenheit. Tunnelquerschnitt, Leistungsfähigkeit, Reisegeschwindigkeit, Kurvenradien, Stationsabstände, Gleichstrom. Weiter ging das Vokabular nicht.

Erst nach und nach kamen andere Leute auf den Gedanken, eine U-Bahn könne am Ende die Stadt auf den Kopf stellen. Oder zumindest auf die Seite legen. Dabei war sie doch von Anfang an darauf angelegt. Ein vom Stadtrat bestelltes Gutachten des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung der ETH (ORL) schlug 1968 vor, entlang einer U-Bahn-Linie Kloten–Zürich–Dietikon ein 300 bis 600 m breites Band von dichten Geschäftsüberbauungen zu errichten, mit dem Ziel, bis zu 300 000 neue Arbeitsplätze anzusiedeln. Der Transportplan der Region Zürich war bereits 1965 mit ähnlichen Zielvorstellungen aufgestellt worden. Die Folgen sind leicht abzusehen: drastische Landpreissteigerungen, Verdrängung von Wohnraum (95 000 gefährdete Mieter), Umkrempelung ganzer Quartiere, zusätzlicher Privatverkehr usw.

Die Politiker begannen sich der Sache anzunehmen. Vornehmlich sozialdemokratische Gemeinde- und Kantonsräte reichten Motionen ein, Interpellationen, Kleine Anfragen usw., die auf die verheerenden Folgen der U-Bahn aufmerksam machen wollten. Da es aber meist «nur» Leute von links aussen waren, konnte man sie leicht übergehen. Im Mai 1972 druckte der «zürcher student» eine der ersten Stellungnahmen gegen die U-Bahn ab. Ist eben auch links aussen. Und wird sowieso nicht gelesen. Der «Züri-Leu» folgte im Herbst mit einer fundierten Analyse eines ehemaligen ORL-Mitarbeiters. Auch links.

Unterdessen liefen in der Verwaltung die Abstimmungsvorbereitungen auf Hochtouren. Im Februar 1973 wurde die Vorlage mit überwältigenden Mehrheiten in Kantons- und Gemeinderat angenommen. Aus abstimmungstaktischen Gründen wurde dem U noch ein S angehängt, das heisst, die U-Bahn wurde mit der S-Bahn verkoppelt, auf dass die an sich unbestrittene S-Bahn die U-Bahn aus der Nein-Gefahrenzone heraushole.

Opposition erwuchs wiederum nur von ein paar wenigen «Linksextremisten», während die SP-Bürgerlichen und die Bürger-Bürgerlichen sich gemeinsam in Lobgesängen auf den öffentlichen Verkehr ergingen, im stolzen Bewusstsein, «den Arbeitnehmern endlich ein menschenwürdiges Verkehrsmittel» zu schenken (wohl darum, weil ihre Autoabgase nicht bis in die Unterwelt vordringen werden); sie sprachen von Umweltschutz und vom Eindämmen des Privatverkehrs. Dass sich dieselben Herren zugleich für riesige City-Parkhäuser und gewaltige Strassenausbauten einsetzen und dass die U-Bahn nachweislich 60 000 qm bisheriges Tramtrasse dem Privatverkehr überlässt, ist nebensächlich und wieder so ein destruktives Argument der Linken.

Wie sehr die Zürcher Wirtschaft an der Profitsteigerung interessiert ist, welche ihnen die U-Bahn bringen wird, lässt sich an der Propagandaflut ermessen, die sich bereits jetzt via Inserate und Communiqués über den Bürger ergiesst und welche sich in nächster Zeit noch zu ungekannten Ausmassen steigern wird. Hinter harmlos aussehenden Komitees verbergen sich Organisationen wie die Zürcher Handelskammer, die «City-Vereinigung», «Zürich-Transport» usw. (vgl. «konzept» S. 1/2).

Wie sehr die Behörden das Anliegen der Wirtschaft unterstützen und wie sehr die U-Bahn zu einer Prestigeangelegenheit geworden ist, lässt die unglaubliche Hysterie und das Hetzklima innerhalb der Verwaltung erahnen.

Verschiedene Aussagen bestätigen eindeutig, dass sich faktisch kein öffentlicher Angestellter mehr gegen die U-Bahn zu äussern wagt. Als ich im März auf dem Technischen Dienst der VZB einige ganz simple Angaben über Bau- und Betriebskosten von Tramlinien haben wollte, hätte ich unterschreiben müssen, dass ich diese Angaben nicht zu politischen Zwecken verwenden würde! Und jener VBZ-Beamte am Bellevue, der im Gespräch zuerst über die U-Bahn wetterte und gleich darauf resigniert die Schultern hob: «. . . aber eben, wir dürfen ja nichts dagegen sagen», ist auch kein Einzelfall.

Selbst Bundesangestellte sind nicht mehr sicher. Ein Mitarbeiter des ORL-Instituts und engagierter U-Bahn-Gegner wurde auf Betreiben des Stadtplanungsamtes und eines Regierungsrates vom Institutsdirektor gewisser Funktionen enthoben. «Ein objektiver (!) Planer dürfe sich nicht derart gegen die U-Bahn engagieren», wurde ihm lakonisch erklärt.

Doch all diese Machenschaften spielen sich mehr oder minder unbemerkt ab, unter Ausschluss der Oeffentlichkeit, und sind demzufolge «ungefährlich». Der grosse Betriebsunfall ereignete sich erst, als sich nach dem Gewerkschaftskartell die sozialdemokratische Stadtpartei am 24. März gegen die U-Bahn aussprach. Nach mehrstündiger sachlicher und fairer, aber auch harter Diskussion beschlossen die 200 Delegierten mit grossem Mehr die Nein-Parole.

Damit wurde es für die Befürworter auf allen Stufen gefährlich. Nun war es nicht mehr nur eine extremistische Minderheit, welche die U-Bahn bekämpfte, sondern eine grosse, «etablierte» Partei. Das hinderte allerdings die freisinnige Gemeinderatsfraktion nicht daran, in einem üblen Pamphlet das SP-Nein zu disqualifizieren: «. . . ist betroffen durch die Destruktivität einer Politik, wie sie durch linksextreme Kräfte in zunehmendem Mass in die Sozialdemokratische Partei hineingetragen wird; (. . .) lässt auch eine tiefe Resignation der führenden Politiker gegenüber der Unterwanderung und Agitation durch die auf der äussersten Linken angesiedelten Kreise schliessen, deren erklärtes Ziel es ist, mit dem Mittel der Demagogie sämtliche wichtigen Abstimmungsvorlagen zu Fall zu bringen, um das daraus entstehende Chaos dem herrschenden Gesellschaftssystem zur Last legen zu können.»[1]

Perfider geht's nicht mehr, dachte man. Es ging aber. Eine rechtsbürgerlich zusammengesetzte «Arbeitsgruppe U- und S-Bahn ja» verbreitete in einer Stellungnahme verleumdungsreife Anschuldigungen an die Adresse der SP. Von der «progressiven Unterwanderung» ging's zum «progressiven Diktat», begleitet von einer unbelegten Liste sogenannter «parteiinterner Manipulationen solcher Extremisten». Der Schlusssatz verriet immerhin die tiefere Absicht: «Zu hoffen bleibt allerdings, dass der bevorstehende Parteitag der Kantonalpartei (. . .) nicht nochmals den gleichen Machenschaften zum Opfer fällt.»[2]

Dies nur einige Rosinen aus dem Fladen der bürgerlichen Argumentation. Eine solche Sprache hat den Vorteil, dass sich die entsprechenden Kreise selbst entlarven und dass einigen Zweifelnden die Augen aufgehen dürften. Dass die Bürgerlichen derart die Nerven verlieren, zeigt, dass ganz andere Dinge auf dem Spiel stehen als die vorgeschützte «Sorge um das Wohl der Arbeitnehmer».

Man ist nicht mehr bereit zu anerkennen, dass der öffentliche Verkehr auch anders gefördert werden kann als mit einer falsch angelegten U-Bahn. Man toleriert nicht mehr, dass eine Partei aufgrund neuer Erkenntnisse und ungehaltener Versprechen behördlicherseits ihre Meinung ändert. Wer gegen die U-Bahn auftritt, bereitet vorsätzlich und planmässig den Umsturz unserer «demokratischen» Gesellschaft vor. So einfach ist das. Arme Gesellschaft!

Die SP hat den Ball zurückgespielt: «(Man gewinnt) den Eindruck, dass die Befürworter eigentlich keine Argumente für die U-Bahn, sondern lediglich solche gegen die SP zur Verfügung haben. (. . .) Zudem ist es auffallend, wie uns die bürgerlichen Parteien beibringen wollen, was das Interesse der Arbeitnehmer sei. Der ungeheure Propagandaaufwand erfolgt offenbar nur für die werktätige Bevölkerung. Gerade dieser Aufwand sollte einen aber stutzig machen.»[3]

In der Tat. Die Panikreaktion des Bürgerblocks könnte zu einem Eigentor werden.

Der Stimmbürger tut gut daran, die weitere Auseinandersetzung aufmerksam zu verfolgen. Die Fronten sind bezogen.

Beat Schweingruber

1) «Tages-Anzeiger» 31. 3. 73
2) TA 6. 4. 73
3) TA 7. 4. 73

Bitte an unsere Abonnenten

Mit dieser Nummer ist die jährliche Erneuerung ihres Abonnementes fällig geworden. Sie erhalten den «zürcher studenten» für ein weiteres Jahr zugeschickt, wenn Sie Fr. 13.– auf das Postcheckkonto 80-35 598, «zücher student», Zürich, einzahlen. Abonnemente, für die bis 5. Mai 1973 keine Zahlung eingeht, müssen leider aufgehoben werden.

In dieser Nummer

Seite 2: Rebeko: Nochmals Wohnsitz

Seite 3: Nutzlose Freifächer an der ETH?

Seite 3: Architekturdiplom

Seite 5: KStR-Interview: «Retten und planen»

Seite 5: Zur Arbeit am Uni-Gesetz

Redaktionsschluss: 4. Mai

Alternativen

Um die reine Kritik-Ebene zu verlassen und auch etwas Konstruktives zu sagen, möchten wir hier darauf hinweisen, dass zwei kurz vor dem Diplom stehende Architekturstudenten der ETH ein Alternativkonzept für den öffentlichen Verkehr der Region Zürich verfasst haben. Es beruht auf einer durchgreifenden Sanierung der VBZ einerseits und einem umfassenden S-Bahn-System für die gesamte Region andererseits. Generelle Kostenberechnungen haben gezeigt, dass auf diese Weise mehr Nutzen in kürzerer Zeit für weniger Geld erbracht werden kann. Das «Tages-Anzeiger»-Magazin hat am 7. 4. 73 dieses Alternativkonzept ausführlich dargestellt.

ten Einzelstrang ersetzt werden, der nur sehr schlecht mit dem alten Netz verknüpft ist.

So ist vorgesehen, nach Eröffnung der U-Bahn-Linie die *Tramlinien 7, 11, 14 und 15* im Gebiet Hauptbahnhof/Schaffhauserplatz/Bucheggplatz/Milchbuck/Oerlikon/Seebach *samt und sonders aufzuheben*. Als einziger Ersatz wird die Linie 9 vom Irchel über Milchbuck/Brunnenhof nach Oerlikon geführt, wobei nicht einmal der neu ausgebaute Knotenpunkt Bucheggplatz bedient wird.

Während heute ein ganz beträchtlicher Teil der Fahrten aus dem Norden Zürichs *ohne Umsteigen* abgewickelt werden können, wird die *U-Bahn die meisten Reisenden zu mindestens zweimaligem Umsteigen zwingen*, wobei jedesmal 2–3 Minuten durch den Weg zwischen U-Bahn und Oberflächennetz verlorengehen plus noch einmal soviel für das Abwarten des Anschlusses.

Fürwahr eine gewaltige Attraktion! Die U-Bahn müsste mindestens *10 Minuten Fahrzeitgewinn* anbieten, damit man nur gleich schnell vorankommt wie vorher. Wie dann noch das mühsame Umsteigen kompensiert werden soll, bleibt unersichtlich. Vielleicht mit einem Gratisluftballon für die lieben Kleinen.

Aehnliche Situationen ergäben sich im Gebiet des westlichen U-Bahn-Astes, wo die *Tramlinien 2 und 3* in der *Badenerstrasse* aufgehoben würden sowie die wichtige *Verbindung zwischen Stauffacher und Bahnhof (Linien 3 und 14)*.

Das Fazit ist beängstigend: *Mindestens ein Drittel der gesamten VBZ-Passagiere, die heute mehr oder weniger direkte Verbindungen haben, wären zur teilweisen Benützung der U-Bahn gezwungen, wobei* – bedingt durch das zweimalige Umsteigen – *grössere Zeitverluste gegenüber heute in Kauf zu nehmen wären*. Das Argument mit der Attraktivität erweist sich somit als Märchen.

Wie vergrössert man den Privatverkehr?

Bei gewährleisteter *freier Wahl des Verkehrsmittels* (wenigstens für solche, die ein Auto besitzen) sind zwei Dinge massgebend für das *mengenmässige Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Verkehr* (in der Fachsprache «*modal split*»):

1. die Attraktivität des *öffentlichen Verkehrsmittels*, die bestimmt wird durch *Reisezeit, Wartezeit, günstige Lage der Haltestellen, Umsteigeverhältnisse, Komfort* (Sitzplatz, gedeckte Wartehalle) usw.;

2. die Attraktivität des *privaten Verkehrsmittels*, in erster Linie bestimmt durch das *Parkplatzangebot am Zielort* und wiederum durch die benötigte *Reisezeit*, welch letztere sich ihrerseits nach der *Strassenfläche* richtet, nach dem *Ausbaugrad des Strassennetzes*, nach der Art der *Verkehrsregelung* usw.

Das bedeutet: Jeder zusätzliche Parkplatz jede zusätzliche Strasse, jede zusätzliche Fussgängerunterführung, jegliche Vergrösserung der Strassenfläche und jegliche Verflüssigung des Privatverkehrs *erhöht dessen Attraktivität und zieht zusätzliche Autos in die Stadt*. Umgekehrt *reduziert* jede gesperrte Strasse, jeder aufgehobene Parkplatz, jede Verlängerung der Rotphase bei Signalanlagen – wie sie sich durch die Bevorzugung des Trams etwa ergäbe –, jede separate Busspur usw. die Menge der in die Stadt fahrenden Autos.

In analoger Weise ergibt sich auch die Menge der Passagiere in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Parkproblem entfällt dort, dafür spielt der *Fahrpreis* eine nicht unwesentliche Rolle. (Nach der letzten Zürcher Tramtaxenerhöhung gingen die Passagierfrequenzen schlagartig zurück.)

So pendelt sich ständig ein Gleichgewicht zwischen der Zahl der Autofahrer und derjenigen der Tram- und Buspassagiere ein. Jede Veränderung der Ausgangslage im oben beschriebenen Sinne verschiebt das Gleichgewicht auf die eine oder die andere Seite.

Die U-Bahn, wie wir nun gesehen haben, verschlechtert im ganzen gesehen den öffentlichen Verkehr auf Stadtgebiet. Die damit verkoppelte S-Bahn bringt dagegen wirkliche Verbesserungen, aber nur für etwa ein Viertel der Agglomeration. Wer hingegen nicht glaubt, mit welcher Energie und Zähigkeit die Zürcher Behörden den Privatverkehr zu steigern gedenken, der lese nur einmal die gesammelten Ratsberichte des letzten halben Jahres: Da wird noch immer am unseligen, in der Zwischenzeit zum Ypsilon-Plus aufpolierten *Expressstrassenkonzept* festgehalten. Da werden Projektierungskredite für einen vier- oder sechsspurigen *Umfahrungstunnel am Central* mit angeschlossener *Parkgarage für 2000 (!) Personenwagen* verlangt. Da wird noch eifrig am *Cityring* gebastelt, werden weitere Parkhäuser für 10 000–12 000 PW geplant, werden Kreuzungen ausgebaut und Strassen verbreitert.

Es scheint, diverse Herren möchten dem Volk ein U für ein Y vormachen. Davor sei hiermit öffentlich gewarnt.

Umweltschutz – wirklich?

Die U-Bahn-Befürworter argumentieren ferner stets damit, dass die U-Bahn dem *Umweltschutz* diene. Das täte sie, wie gesagt, wenn der Privatverkehr tatsächlich abnähme. Das ist aber schon deshalb illusorisch, weil allein durch das U-Bahn-bedingte Aufheben von Tramlinien zirka *60 000 qm bester Strassenboden freigesetzt werden*. Es ist nicht anzunehmen, dass man daraus Kinderspielplätze machen wird. Schon eher Parkplätze.

Aber etwas anderes kommt noch hinzu: Man müsste einmal zählen gehen, wie viele *Bäume der U-Bahn-Grabereі zum Opfer fallen werden*. Hunderte, wenn nicht über tausend. Das Stadtplanungsamt hat das übrigens auch gemerkt. Deshalb hat es in der Abstimmungsweisung schöne Zeichnungen gemacht, die sechs Phasen des Baufortschritts zeigen. Drittes Bild: riesige Baugrube (nur kurze Zeit), aber immerhin müssen die Bäume weg (lange Zeit). Aber siehe da, auf dem vierten Bild sind die Bäume da, ganz plötzlich, ausgewachsen und 12 m hoch. Wie die das bloss machen werden!?

Ein weiterer Punkt betrifft das *Aushubmaterial. Millionen von Kubikmetern* sollen im Zürichsee versenkt werden. Dabei weiss jeder Biologe, dass damit das *biologische Gleichgewicht des Sees auf Jahrzehnte hinaus zerstört* werden kann. Hat man das einmal untersucht?

Menschenwürde – unter dem Boden

Immer und immer wieder wird der U-Bahn Menschenwürdigkeit attestiert. Kantonsrat Hauser: «*Sie wird der arbeitenden Bevölkerung endlich einen menschenwürdigen Weg von und zur Arbeit verschaffen*» (dieweil sich die nicht arbeitende Bevölkerung in der tödlichen Stadtatmosphäre gütlich tut?).

Nun gibt es ja wohl kaum etwas Unwürdigeres, als die Menschen unter den Boden zu schicken – solange sie noch lebendig sind jedenfalls. Wir sind also tatsächlich so weit, dass der Pendler im öffentlichen Verkehrsmittel, der sich *umwelt- und stadtgerecht* verhält, in ein ewig gleich finsteres Rohr geschickt wird, während der luftverpestende, lärmende und platzverschwendende Automobilist mit einem schönen Platz an der Sonne beglückt wird.

Wo warten Sie lieber auf den Zug? Irgendwo auf der Erdoberfläche, wo Sie das Geschehen ringsum noch verfolgen können, oder in einer muffigen, einsamen Rohrkatakombe, 40 m unter Tag? *(Stadtingenieur und -kosmetiker Bernath* schlägt übrigens vor, die U-Bahn-Stationen mit Kunstwerken zu garnieren, wohl als letzten verzweifelten Versuch, etwas Menschliches zu wahren.)

Wo fahren Sie lieber zur Arbeit oder zum Einkauf? Durch belebte Strassen mit all ihren Reizen oder durch eine sterile Rohrpostanlage?

Wer das alles harmlos findet, den möchte ich einmal jeden Tag zur Spitzenzeit eine Stunde lang in die Pariser Metro einschliessen – mal sehen, ob der sich nicht sofort ein Auto kauft. Vom tristen *Arbeitsklima für die zahlreichen Wagenführer* wollen wir gar nicht erst sprechen.

Ganz abgesehen von dieser vielleicht mehr emotionalen Betrachtung kommt noch der Aspekt der *Uebersichtlichkeit* und der *Orientierung* hinzu. Wenn man einen Menschen möglichst hilflos umherirren lassen will, dann stelle man ihn in ein Labyrinth von unterirdischen Gängen.

Erschwerungen

Unter dem Boden kann man sich unmöglich anders orientieren als mit unzähligen *Tafeln, Pfeilen, Hinweisen und Plänen*. Aber wie viele Leute können diese Pläne wirklich lesen? Oder ist vielleicht im Fahrpreis ein Wegwerfkompass inbegriffen? Schon im lieblichen Shop-Ville unten stehen Leute ratlos und suchen nach einem brauchbaren Hinweis im Wirrwarr der Täfelchen.

An Gebäuden, Strassenzügen, Tramschienen usw. kann man sich orientieren. Aber nicht an Sichtbetondecken, Neonlampen und schallschluckenden Lochplatten. Man stelle sich einmal vor, wie am Schaffhauserplatz, 40 m unter der Erde, jemand Uneingeweihter den richtigen von sieben Ausgängen findet!

Unter all diesen Erschwerungen werden wieder einmal vor allem die *älteren Leute und die Behinderten* leiden. Lange nicht jeder Aufgang wird vollständig mit Rolltreppen oder Lift versehen. Wer also etwa mit *Kinderwagen* unterwegs oder zu alt zum Treppensteigen ist, wird recht *beträchtliche Umwege* in Kauf nehmen müssen. In Paris fällt auf, dass in der Metro kaum alte Leute und nie Kinderwagen anzutreffen sind. Wie werden sich diese Leute künftig in Zürich transportieren lassen? Gibt's dann den AHV-Tarif fürs Taxi (mit Sperrstunden!)? Hier tritt wieder der rein wirtschaftliche Faktor der U-Bahn deutlich zutage: Wer arbeiten kann, kann auch U-Bahn fahren. Das übrige ist unwichtig.

Es darf auch nicht vergessen werden, wie mancher Platz in Zürich «dank» der U-Bahn zu *Unterführungen à la Schaffhauserplatz* kommen wird, die insbesondere von den übrigen Passanten als Zumutung empfunden werden.

Das alles geschieht unter dem Motto «*wohnliche Stadt*». Bald wird Möbel-Pfister für den «*wohnlichen Keller*» Reklame machen.

Aber man weiss jetzt, wie hoch die Zürcher Behörden und Parlamentarier die Menschenwürde halten: 30 Meter tief unter dem Boden.

★

PS. Dieser Artikel wurde unter äusserstem Zeitdruck verfasst. Man möge mir deshalb den sprachlichen Schlendrian verzeihen. Am Inhalt ändert das aber nichts.

Student und Inflation

Es ist bekannt, dass die Inflationsrate in der Schweiz zurzeit 7,6% beträgt. Was das im einzelnen bedeutet, darüber geben die Ziffern vor und nach dem Komma keine Auskunft. Für den Studenten sind in letzter Zeit spezielle «Konjunkturdaten» in den Blickpunkt gerückt. Allgemein im Gespräch ist die Verteuerung der Mensa-Menüs um 12%, von der, wie aus der Mensa-Umfrage hervorgeht, vor allem die Studenten aus eher unteren sozialen Schichten betroffen sind. Die Preissteigerungen für Zimmer, Transport usw., die insgesamt noch mehr ins Gewicht fallen, sind weniger allgemein bekannt, treffen jedoch die finanziell Schwächeren um so härter.

Reduziert wird also nirgends – ausser bei den Stipendien. Die eigentlichen Kürzungen halten sich zwar in engem Rahmen (u. a. stärkere Berücksichtigung des persönlichen Einkommens bei Verheirateten und des Vermögens der Eltern), haben aber individuell sehr einschneidende Wirkungen. Allgemein hat sich die Lage insofern verschlechtert, als bei den Stipendien seit nun etwa zwei Jahren nirgends eine Anpassung an die Teuerung stattgefunden hat. Nur schon eine nominelle Zunahme beim Lohn oder Vermögen der Eltern hat zusätzliche Stipendienkürzungen zur Folge. Das gilt noch viel direkter für den Verdienst des Studenten selber, der von einem bestimmten Betrag an vollumfänglich von den staatlichen Beiträgen abgezogen wird. Das bedeutet, dass sich auch der arbeitswilligste Stipendiat nicht gegen die Inflation wehren und noch viel weniger seine Stellung real verbessern kann, ohne bürokratische Lücken auszunützen und sein Einkommen nicht in der vollen Höhe anzugeben.

Man wird zugeben müssen, dass Frauenverein, Schlummermutter, SBB oder wer auch immer die Preiserhöhungen im allgemeinen unter einem gewissen Kostendruck durchführen – wobei das nicht im einzelnen nachzuprüfen ist. Auch der Staat befindet sich in einer schwierigen Situation, denn seine Aufwendungen für Stipendien hängen von schwer kalkulierbaren Faktoren ab (Zahl und soziale Situation der Studenten) und haben in den letzten Jahren gesamthaft zugenommen. Ueberall hat sich jedoch die Ansicht durchgesetzt, dass Löhne und Sozialausgaben – es sei dem Leser überlassen, zu welcher Kategorie er die Stipendien rechnen will – vorrangigen Inflationsschutz geniessen sollen. Im Bereich der Universität wird dieses Prinzip zusätzlich gestützt durch die Forderung nach möglichst ungestörter Abwicklung des Studiums, die auch im Interesse einer rationellen Verwendung der finanziellen Mittel liegt.

Wenn hier zum Schutz der weniger bemittelten Studenten vor der Inflation eine möglichst verbindliche Festlegung entsprechender Grundsätze postuliert wird, heisst das nicht, dass sich die Studenten auf Kosten anderer schadlos halten sollen. Vielmehr muss es gerade an diesem Punkt einleuchten, dass das Grundübel, die Geldentwertung an sich, von den politischen Instanzen ernsthaft bekämpft werden muss. KStR

Das Bundesgericht zur Wohnsitzfrage im zürcherischen Stipendienrecht

Die Rebeko hat an dieser Stelle bereits ausführlich über die Vorgeschichte des «Wohnsitzstreites» im zürcherischen Stipendienwesen berichtet (vergl. zs 50 / Nr. 7, S. 2). Die inzwischen zugestellte Urteilsbegründung des Bundesgerichts lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Hier in Kürze einige der wichtigsten Passagen (diejenigen Wörter, die sich nur im Zusammenhang mit dem nicht abgedruckten Kontext verstehen lassen, wurden in eckige Klammern gesetzt):

● Es ist klar, dass zivilrechtlich der Wohnsitz des mündigen Bewerbers nicht davon abhängig ist, dass dieser mindestens zwei Jahre ununterbrochen im Kanton wohnhaft und durch eigene Erwerbstätigkeit finanziell unabhängig war.

● Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Stipendiums werden [somit] nicht durch interkantonales Recht bestimmt. Massgebend ist allein das innerkantonale zürcherische Recht, das heisst die Stipendienverordnung.

● Zumindest seit der Niederlassung in Y befindet sich der Mittelpunkt der Lebensverhältnisse des Beschwerdeführers im Kanton Zürich. X setzte freilich seine Studien an der Universität Zürich auch nach seiner Heirat fort, doch hielt er sich nicht nur zum Zweck des Besuches einer Lehranstalt (Artikel 26 ZGB) im Kanton Zürich auf. In Y lebt er mit seiner erwerbstätigen Frau seit 1970 mit der Absicht dauernden Verbleibens. Rein zivilrechtlich betrachtet, ist deshalb die Erwägung, der Beschwerdeführer habe im Kanton Zürich keinen Wohnsitz begründet, sondern sich hier immer nur zu Studienzwecken aufgehalten, vor Artikel 4 BV nicht haltbar.

● Wenn [hingegen] eine kantonale Stipendienverordnung wie die zürcherische keinen eigenen Wohnsitzbegriff schafft, sondern ausdrücklich auf die zivilrechtlichen Regeln über den Wohnsitz verweist, ist der zivilrechtliche Begriff für die Auslegung des Stipendienerlasses schlechtweg verbindlich.

● Heute stellt [aber] Paragraph 4 Ziffer 2 der Stipendienverordnung klar und unmissverständlich auf den zivilrechtlichen Wohnsitz des Bewerbers ab. Da keine triftigen Gründe für die Annahme vorliegen, der Wortlaut entspreche offensichtlich nicht dem Sinn der Vorschrift, verstiess es gegen Artikel 4 BV, dass der Regierungsrat für die Ausrichtung des Stipendiums an den Beschwerdeführer auf Kriterien abstellt, die für die Bestimmung des zivilrechtlichen Wohnsitzes nicht massgebend sind.

Eine Kopie des Urteils des Bundesgerichts steht allfälligen Interessenten auf dem Sekretariat der Studentenschaft (Rämistrasse 66) zur Einsichtnahme offen. Für weitere sich allfällig ergebende Fragen wende man sich an den Stipendienberater der Studentenschaft (Rämistrasse 66, 1. Stock) oder direkt an die Rebeko (Anmeldung auf dem Sekretariat der Studentenschaft).

Rechtsberatungskommission für die Studentenschaften beider Hochschulen Zürich

§ Aspekte

Wie fundiert ist die Studentenpolitik?

Die studenten- und hochschulpolitischen Probleme sind, soweit sie über einzelne Tagesaktualitäten hinausgehen, von beträchtlicher Komplexität. Wer traut sich schon zu, Begriffe wie Planung, Studienreform, gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers usw. mit konkretem Inhalt zu füllen und durchdachte, realisierbare Vorschläge zu machen! Sicher am ehesten der, der sich nicht mit der Durchführung solcher Programme abzugeben hat.

Demjenigen, der gegen die – auch eigene – Politik der leeren Schlagworte antreten will, stellen sich im wesentlichen zwei Probleme. Erstens besteht ein offensichtlicher Mangel an brauchbaren Unterlagen, an aktuellen Statistiken oder Umfragen, an wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich auf die Schweiz beziehen. Zweitens kann sich zwar jeder im Rahmen des Möglichen in die wichtigsten Themen einarbeiten und zum ernst zu nehmenden Spezialisten werden. Doch ganz abgesehen davon, dass auch Studentenpolitiker ihr Studium einmal abschliessen, besteht die Gefahr, dass diese an sich wertvolle Sachkenntnis und Erfahrung isoliert bleibt, also wegen ihrer einzelgängerischen Entstehung keine Breitenwirkung zeitigt.

Nun ist es ebenso unrealistisch zu hoffen, es würden sich spontan wesentlich mehr Studenten intensiver und wirkungsvoller mit den genannten Fragen beschäftigen, wie es unbefriedigend ist, einfach zu warten, bis es vielleicht sonst jemand macht. Während aber der Studentenschaft die nötigen Mittel für diese Arbeit fehlen, würde es die Universität als Ganzes kaum etwas kosten, wenn die an ihr Beschäftigten ihre Energien vorübergehend auf ein Thema lenkten, das sie selbst betrifft, etwa auf die psychologische Situation des Studenten, auf den finanziellen Aspekt einer Akademikerlaufbahn oder auf die Einflüsse ganz bestimmter Fachwissenschaften auf Wirtschaft und Gesellschaft. Eine besondere Attraktivität wäre solchen Seminarien oder Forschungsprojekten zumindest am Anfang sicher. Weniger gewiss ist der Erfolg, da es gilt, einerseits eine rein politische Diskussion zu vermeiden, in der jeder seine vorgefasste Meinung «wissenschaftlich» zu bestätigen sucht, anderseits die akademische Tätigkeit so zu motivieren, dass ein akutes Problem nicht zu einem Objekt unter vielen wird.

Möglichkeiten bieten sich auf allen Ebenen an. Ein Versuch, die Universität für die Reform ihrer eigenen Reformpolitik einzusetzen, würde sich lohnen.

KStR

Haare lassen...
10–15% Studenten-Rabatt bei
COIFFURE-SALON DEPPELER
Universitätstr. 9, 8006 Zürich

Gesucht:

«zürcher student»

Jahrgänge 1–7 für unser Archiv (auch Einzelnummern).

Um freundliches Einsenden an die Redaktion wird ersucht.

Grössere Einsendungen werden honoriert.

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaften der Universität Zürich.

Erscheint achtmal jährlich. Auflage 18 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66. CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80–35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH–8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Stellenwert der Allgemeinbildung an einer technischen Hochschule

Büldung statt Bewusstsein

Selten so deutlich wie am Beispiel der philosophischen und staatswissenschaftlichen Unterabteilung (XII A) der allgemeinen Abteilung für Freifächer an der ETHZ zeigt sich grundlegendes Unvermögen bürgerlicher Bildungsvorstellungen. Von den Nur-Technikern als überflüssiges Anhängsel eben noch toleriert, von regelmässigen Besuchern als «Ausgleich zum Fachstudium» geschätzt, von verspäteten Humboldt-Verehrern zum umfassenden Bewusstseinsbildungsinstrument hochstilisiert, verwandelt die Abt. XII A allabendlich das Hauptgebäude der ETH in ein Gemisch aus Volkshochschule und Musentempel. Muss das sein? Und vor allem: gäbe es Alternativen?

Werner G. Hoffmann

Die Krise ist nicht mehr zu leugnen: Wer heute eine Veranstaltung der *Abt. XII A* besucht, findet sich zumeist allwöchentlich im vertrauten Kreis einiger weniger, die da per Zufall auch grade ein besonderes Interesse an der dozierten Materie haben oder, was auch recht häufig sein dürfte, die Zeit bis zum Abendessen im Studheim irgendwie ausfüllen wollen. Verständlich, dass sich unter solchen Bedingungen Unbehagen ausbreitet, verständlich auch, dass nach Möglichkeiten der Reform gesucht wird.

Reformansätze . . .

Ein ausführlicher *Antrag der Abteilungskonferenz XII A* an den Schulrat forderte denn auch schon im Jahr 1969 (!) die Vornahme einer ganzen Reihe von Veränderungen, die von der Zurverfügungstellung genügender Räumlichkeiten über die Errichtung neuer Lehrstühle bis zu Umgestaltungen des Unterrichts an den Fachabteilungen reichten. Heute, vier Jahre danach, ist festzustellen, dass dieser Versuch der Dozenten, auf dem Weg der Antragstellung an die Behörden strukturelle Aenderungen zu erreichen, gescheitert ist: Nicht einmal äusserliche, formale Anträge wie zum Beispiel die Verselbständigung der Abt. XII A gegen XII B drangen durch; wieviel weniger erst all jene Forderungen, die mit Lehrinhalten und deren Vermittlung direkt zu tun hatten. Ebenfalls völlig in Vergessenheit geraten ist der gleichzeitig eingereichte Antrag auf Schaffung eines Instituts für Geisteswissenschaften.

Selbstverständlich wurde daraufhin nicht einfach resigniert; vielmehr diskutierte man eifrig weiter, rief die *«Beratende Kommission XII A»* ins Leben, schrieb Protokolle und fühlte sich dabei schon fast als Abteilungsrat. Nur: Aendern tat sich auch da nichts, und wer nicht an Wunder glaubt, wird sich kaum der Einsicht verschliessen können, dass sich auch weiterhin nichts ändern dürfte. Es sei denn, man untersuche die tiefern Ursachen dafür, dass aus der Krise ein Dauerzustand wurde.

Grundtenor der Reformbestrebungen an der Abt. XII A ist die *«Aufwertung»* dieser Abteilung sowie die *«Integration geisteswissenschaftlicher Bildung»* ins naturwissenschaftliche Studium – Forderungen also, die keineswegs besonders revolutionären Charakter haben, Forderungen, die selbst in ehrwürdigen Akademikerzirkeln vom Zuschnitt eines Altherrenverbands diskutabel sind. Es leuchtet folglich vorerst nicht ein, weshalb die Hochschulbehörden sich sogar solch harmlosen Ansinnen gegenüber halsstarrig zeigen.

. . . und warum sie scheiterten

Wollen wir uns nicht auf die Ebene eines Palmström begeben – da nicht sein kann, was nicht sein darf! –, so müssen wir einen andern Ansatz als den Widerspruch zwischen «liberalen» und «konservativen» Kräften innerhalb der Hochschule ausfindig machen. Und da die Beschlüsse an der ETH bekanntlich vom *Schweizerischen Schulrat* gefasst werden – der keine Hochschul-, sondern eine Bundesbehörde ist –, liegt es nahe, auch die Hintergründe seiner Beschlüsse ausserhalb des engeren Hochschulbereichs zu suchen. Das wiederum kann nur heissen, dass wir von denjenigen Interessen auszugehen haben, die von der Mehrheit der Schulratsmitglieder aufgrund ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung vertreten werden; ein Blick auf die Mitgliederliste genügt, um festzustellen, dass dies die Interessen der Wirtschaft, der Monopole sind.

Nichts wäre nun einfacher, als daraus zu schliessen, dass die Wirtschaft eben *kein Interesse an nichtfachlicher Bildung* ihrer Arbeitskräfte habe. Nichts wäre aber auch falscher. Denn erstens wurde die Abt. XII A ja auch einmal ins Leben gerufen, und dies zu einer Zeit, in welcher ganz gewiss nicht von einem höhern Demokratisierungsgrad der Hochschule die Rede sein konnte. Und zweitens führen ja unsre Konzerne am laufenden Band Anlässe, Tagungen, Symposien etc. durch, die nicht primär fachliche Ausbildung der Teilnehmer, sondern *scheinbar die Diskussion «allgemeinbildender» Aspekte* bezwecken; man denke nur etwa an die Inflation der Umweltschutzkonferenzen, die klipp und klar beweisen, dass die Menschheit viel eher an Energiekonsumption und Müllproduktion als an sozialen Problemen scheitern wird . . . .

Der geneigte Leser merkt etwas, würde Hebel geschrieben haben: Die *Verbreitung der Ideologie des «Klassenfriedens im sozialen Kapitalismus»*, was immer mit diesem seltsamen Zwitterling gemeint sein soll, ist offenbar eine ganz wesentliche Aufgabe, die der «Allgemeinbildung» von seiten des Kapitals zugedacht wird. Diese Aufgabe konnte einst von Institutionen wie zum Beispiel der Abt. XII A ganz ausgezeichnet bewältigt werden, nämlich damals, als es genügte, die Studenten durch Beschäftigung mit schöngeistigen Spielereien von der Reflexion ihrer eigenen Lage und der Lage der werktätigen Bevölkerung abzuhalten. Heute aber, wo sich die Klassenkämpfe nicht nur allerorts entfalten, sondern wo diese Tatsache auch noch via Massenkommunikationsmittel verbreitet wird, genügt dies nicht mehr, und es werden andere Mechanismen – wie eben beispielsweise die vorerwähnte Perversion des Umweltschutzgedankens – notwendig, um den angemessenen ideologischen Ueberbau für die ökonomischen Ansprüche der herrschenden Klasse herzustellen.

Ein Strohhalm . . .

Damit lässt sich die auf den ersten Blick nicht verständliche Haltung der Behörden gegenüber den Anliegen der Abt. XII A nun ganz problemlos erklären: *Wenn ein Instrument der Ideologieproduktion seine vorgesehene Aufgabe nicht mehr optimal erfüllt, lässt man es eben eingehen – genauso, wie man eine Maschine verschrottet, wenn sie technisch überholt ist.* In solcher Situtation zu erwarten, Rufe nach Ausbau und Integration in die Fachstudien würden angehört, ist schon reichlich utopisch.

Trotz all diesen düsteren Perspektiven bringt es die beschriebene Haltung des Kapitals (und der staatlichen Organe als seiner Stellvertreter) mit sich, dass an der Abt. XII A eine gewisse *Narrenfreiheit* herrscht, welche sonst an der ETH kaum anzutreffen ist – man legt keinen grossen Wert auf Zensur, wo ohnehin keine Breitenwirkung mehr stattfindet. So ist es zu erklären, dass Dozenten an dieser Abteilung ungestraft scharfe Kritik an kybernetischen Lernmodellen üben oder gar ihre Lehrveranstaltung «bewusst im Sinne des historischen Materialismus» aufbauen dürfen – Dinge, die für Mitglieder des Lehrkörpers anderer Abteilungen schon böse endeten. Nun wäre dies, isoliert betrachtet, ja noch ganz erfreulich; man könnte zum Schluss kommen, es wäre am besten, die Situation gar nicht zu verändern, um sich so quasi einen Freiraum für kritische Studien zu erhalten. Man brauchte dann nur noch dafür zu sorgen, dass man einige Kredite, Assistentenstellen und Seminarräume bekäme, und los ging's mit der Gegenuniversität. Sch . . . ön wär's.

. . . als Bleiklotz

Dass diese Vorstellung nicht nur utopisch, sondern geradzu fahrlässig naiv ist, geht schon einmal daraus hervor, dass ja eben jene zuletzt genannten Forderungen regelmässig auf Ablehnung stossen. Weiterhin scheint mir das Selbstverständnis dessen, der für sich selbst die Möglichkeit kritischen Studiums wünscht, ohne dessen Breitenwirkung als unabdingbaren Teil seiner Forderungen zu verstehen, gelinde gesagt elitär. Und schliesslich darf nicht vernachlässigt werden, dass die erwähnten Ansätze einiger Dozenten immer noch eine *kleine Minderheit* innerhalb des ganzen Lehrbetriebs an der Abt. XII A ausmachen: Die Ideologieproduktion à la Humboldt marschiert fröhlich weiter, und es ist eigentlich nicht so recht einzusehen, warum sie nun plötzlich damit aufhören sollte, wenn die Abteilung mehr materielle Mittel zur Verfügung gestellt bekäme.

Um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Natürlich meine ich, dass man die bestehenden Freiräume auch ausnutzen soll. Es wäre ja nicht einzusehen, weshalb beispielsweise Marxisten nicht ein Seminar durchführen sollten, solange ihnen

Fortsetzung Seite 6

Architekturdiplom: drastische Erhöhung der Durchfallquote

Schrauben weiter angezogen

An der Architekturabteilung der ETH-Z haben diesen Winter 37% der Studenten, die das Thema III (Planung Interlaken) bearbeitet haben, die schriftliche Diplomprüfung nicht bestanden. Die damit verbundene Verschärfung der Bewertungspraxis (übliche Durchfallquote um 5%) ist um so fragwürdiger, als die angewendeten Bewertungskriterien nicht ersichtlich sind. Ein von allen beteiligten Studenten unterzeichnetes Wiedererwägungsgesuch an den Schulrat zur nochmaligen Bewertung aller Arbeiten durch eine unabhängige Jury ist noch hängig. Dass dieser Fall von willkürlicher und strenger Notenbewertung nicht ohne Absichten von seiten der Dozenten erfolgte, soll der folgende Bericht zeigen.

Die Einführung der Studienrichtung Planung im Wintersemester 1970/71 gab dem Diplomanden erstmals die Möglichkeit der Wahl zwischen drei Diplomthemen, worunter ein Thema auf die neu geschaffene *Fachrichtung Planung* Bezug zu nehmen hat. Daneben ermöglicht das neue Diplomregulativ seit dem WS 71/72 zusätzlich die Bearbeitung eines sog. «freien Diplomthemas», d. h. einer selbst gewählten Thematik, die gemäss selbstverfasstem Programm in der zehnwöchigen Diplomfrist bearbeitet werden muss.

Fragwürdige Grundlage . . .

Als Planungsthema für das WS 72/73 wählte der mit der Vorbereitung beauftragte Lehrstuhl von *Prof. Custer* die Weiterbearbeitung einer freien Diplomarbeit des SS 72 mit Thema *Ortsplanung Interlaken.* Wesentlichstes Element dieser nun als Grundlage dienenden Arbeit war die spektakuläre Entfernung des Bahnhofs Interlaken-West aus dem Siedlungsgebiet, was eine äusserst aufwendige Bahnverlegung um das Siedlungsgebiet zur Folge hatte. Die auch als Arbeitsgrundlage dienenden Grün- und Besiedlungskonzepte derselben Arbeit widersprechen sich: Zentrale Gebiete entlang der Aare gehörten sowohl dem Grüngürtel als auch dem verdichteten Kerngebiet an. Auch bei nur summarischer Prüfung einer solchen Bahnverlegung hätte schon die damalige Bewertungsinstanz zur Erkenntnis kommen sollen, dass die vorgeschlagenen Verkehrskonzeption *katastrophale Folgen für die Siedlungsentwicklung* haben müsste. Die schon jetzt schwache ökonomische Basis der betreffenden Gebiete würde damit völlig zerstört.

. . . als Folge einer fragwürdigen Bewertung

Schon die damalige Beurteilung durch den Lehrstuhl Custer zeigte, dass man sich an der Architekturabteilung mit einer schön dargestellten, aber isolierten Grundidee zufriedengibt, entspricht das doch ganz dem Bild des *ideenproduzierenden Künstlerarchitekten.*

Dabei machte ja gerade erst die Ueberprüfung einer planerischn Idee, d. h. die Projektion dieser Idee auf das Planungsgebiet durch Simulationen, Modellverfahren usw., den Wert dieser Idee aus. Idee und antizipierte Anwendung sind ein untrennbares Begriffspaar. Eine isolierte Idee konnte demnach gar nicht bewertet werden.

Folgerichtig war es gemäss Programm Aufgabe der Diplomanden, die spektakuläre Hypothese der vorangegangenen Diplomarbeit mittels des verlangten sog. *«demonstrativen Entwurfs»* zu überprüfen. Der Nachweis für die Richtigkeit der Planungsidee sollte einfach durch das Entwerfen eines Bebauungsvorschlags für ein bestimmtes Teilgebiet erfolgen. Eine Diplomaufgabe, die die Ueberprüfung einer Planungsidee zu ihrem Inhalt macht, aber deren Negation als Arbeitsresultat nicht zulässt, ist ein Unsinn.

«Urbanes Ambiente» statt Sanierung

Vom Diplomanden wurde stattdessen verlangt, dass er ein *«urbanes Ambiente»* (Diplomprogramm) dort schaffe, wo nach menschlichem Ermessen *Sanierungsgebiete* entstehen müssen.

Irgendwann während der Bearbeitung musste der Diplomand erkennen, dass er zum Anwalt einer Sache gemacht wurde, die er als unrichtig erkannte. Als Verunsicherungsfaktor kam noch hinzu, dass die verschiedenen Diplomprofessoren, bei denen die Diplomanden eingeschrieben waren, *unterschiedliche Abweichungen von der Aufgabenstellung zuliessen,* sobald sie dessen Fragwürdigkeit erkannt hatten.

Das Resultat: 10 von insgesamt 27 Studenten, die das Planungsthema gewählt hatten, haben die schriftliche Diplomprüfung nicht bestanden. Von 8 Diplomanden, die die Aufgabe in engem Kontakt miteinander bearbeitet hatten, sind aus unersichtlichen Gründen 5 durchgefallen. Die Bewertung bleibt völlig unklar und willkürlich. Die im Diplomprogramm aufgeführten Beurteilungskriterien, auf die sich die Dozenten nach ihren Aussage stützten, sind leere Formulierungen wie z. B.: *«Schaffung eines der Grundidee adäquaten urbanen ‚Ambientes'»,* oder *«Stellenwert der Teillösung innerhalb der Gesamtlösung».*

Unsicherheit unter künftigen Diplomanden

Seit der Bekanntgabe der Prüfungsresultate ist an der Abteilung I unter den zukünftigen Diplomanden eine beträchtliche Unsicherheit ausgebrochen, denn es scheint, dass durch eine exzessiv strenge Notenbewertung die *Fachrichtung Planung unattraktiv gemacht* werden oder in die Thematik *«Gestalterische Bewältigung der städtebaulichen Situationen»* überführt werden soll. Das würde nichts anderes bedeuten als eine Normalstudienplanänderung auf kaltem Weg.

Der *Lehrstuhl für Architektur und ORL-Planung von Prof. Custer* müsste an der Erhaltung der Fachrichtung Planung in den oberen Studiensemestern interessiert sein. Doch in den Empfehlungen an seine Diplomanden plädiert er vor allem für die Bearbeitung freier Themen. Der Grund dafür ist leicht ersichtlich: Freie Themen verlangen vom Studenten eine mehrsemestrige Vorbereitung. Die sorgfältige Darstellung und Bearbeitung präsentiert deshalb den Lehrstuhl viel besser gegen aussen. Für den Diplomanden aber bedeutet der ihm dazu empfohlene Studienunterbruch von einem Jahr neben dem obligatorischen Praktikumsjahr eine weitere untragbare Verlängerung des Studiums.

Die hohe Durchfallquote rechtfertigen die Dozenten mit scheinbar absinkenden Leistungen bei gleichbleibenden Bewertungsmassstäben. Wenn das zutreffen sollte, wäre die damit eingeschlagene Praxis äusserst fragwürdig: *Didaktische Mängel in der Ausbildung sollen durch Einschüchterungsversuche aus der Welt geschafft werden!* Leistungsmessung ist, wie in diesem Fall, zu reinen Willkür geworden, weil die Wertmassstäbe für diese Leistung aufgrund der Widersprüche in der Aufgabenstellung gar nie klar formuliert werden konnten. Als Reaktion auf die zähe Arbeit in den Reformgremien soll der Student durch Notenzwang zu einem veralteten und unbrauchbaren Architektenbild bekehrt werden.

Lieber Starprojekte?

Wie angeschlagen gerade dieses Architektenbild ist, zeigt sich an der unverständlichen Beurteilung der rein entwurfsbetonten Diplomarbeiten: Das «Starprojekt» dieses Winters war eine als Zentralbau gestaltte Theaterbaute, die – weitgehend vom Amerikaner *Louis Kahn* kopiert – ohne Berücksichtigung der städtebaulichen Voraussetzungen in ein Grundstück am General-Guisan-Quai situiert wurde. Der verantwortliche Diplomprofessor *Dolf Schnebli* beantragte die Höchstnote 6, obwohl nebst andern Mängeln ein Teil der Zuschauer keine Sicht auf die Bühne hat. Darin kommt die an der Abteilung I leider allzu deutliche Tatsache zum Ausdruck, dass gerade im Bereich des Entwerfens, auf den sich ja eine Reihe von Professoren zurückzieht, individuelle und für andere unverständliche Wertmassstäbe gelten.

Die Frage der Diplombewertung muss an der Abteilung I neu überdacht werden, wenn die Diplomanden nicht weiterhin zu irrationalen «Kurswerten» unter den Dozenten gegenseitig ausgehandelt werden sollen. Massstäbe können erst durch die grundlegende Erarbeitung einer neuen inhaltlichen Konzeption des Architekturstudiums gewonnen werden. Damit steht die Bewertung der Diplomarbeiten in direktem Zusammenhang mit anderen Versuchen der Dozenten, die wesentlichen Entscheidungen dem Abteilungsrat und somit dem Einflussbereich der Assistenten und Studenten zu entziehen. Der Experimentierphase wird bewusst keine Chance gegeben.

Zu hoffen bleibt einzig, dass der Schulrat dem Wiedererwägungsgesuch der 27 Diplomanden zustimmen wird, um mit der Klärung der Bewertungskriterien wenigstens einen kleinen Schritt in Richtung einer Klärung der Anforderungen an das Architekturstudium beizutragen.

Walter Hunziker

Zum Semesterbeginn wieder medizinisches Antiquariat nur bei

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie
Zürich
Zeltweg 6, beim Schauspielhaus
Telephon 01-343860

Mit Bier kann man auf alles anstossen:

BRAUEREI A. HÜRLIMANN AG, ZÜRICH
LÖWENBRÄU ZÜRICH AG, ZÜRICH
BRAUEREI WÄDENSWIL, WEBER AG

jedermann kann blind maschinenschreiben lernen

...in nur 14 Stunden!

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

ZEHNFINGER SYSTEM

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h. Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause. Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse. Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

Gratis-Demonstration
jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h
jeden Mittwoch 16.00 h

SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-27 15 00

Ihr Treffpunkt in der Altstadt

Ein preiswertes Repertoire von Speisen und Getränken mit unkomplizierter Atmosphäre erwartet Sie bei uns. (Mittags geöffnet von 11.30 bis 14.30 Uhr.)

Your easy going real English Pub

Mr. Pickwick «Oliver Twist», Rindermarkt 6, 8001 Zürich

Bäggli-Hotels AG

Marktgasse 17, Tel. 34 15 30

Hotel Rothus, 8001 Zürich

Restaurant Golden Bar, 1. Stock

Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.50 inkl. Suppe und Brot.

Grosse Auswahl «à la carte». Warme Speisen 11–14 Uhr und ab 18 Uhr.

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo...

Elegante, modische Trevirahosen, Jacken, Pullis, Accessoires
Spezialpreise gegen Legi.

Weinbergstrasse 15
8001 Zürich
Telefon (01) 34 94 43

Unser Spezialgebiet ist **Evangelische Theologie**

Sie finden uns in nächster Nähe an der

CVB Buch + Druck **Schifflände 24, Tel. 32 09 70,** und an der **Badenerstrasse 69, Tel. 39 81 55**

Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Suhrkamp. dtv. Reclam. Göschen. Goldmann. Ullstein. Knaur. detebe. Hanser. Luchterhand. Geist und Psyche. Thieme. BI-HTB. Heidelberger.

Wir haben alle.

Uebrigens:

Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

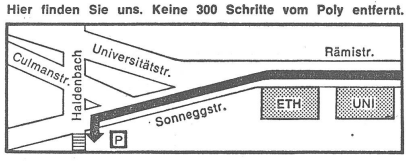
Hier:

Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 9.00 bis 18.00 Uhr durchgehend

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Medizin und **Psychologie**

sind seit **50 Jahren** unser Spezialgebiet.

Individuelle Bedienung und Beratung.

BUCHHANDLUNG RAUNHARDT
INH. GERHARD HEINIMANN & CO.
gegr. 1890

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster
Telephon (01) 32 13 68

KStR: «Retten und planen»

zs: «Fortsetzung der Reformpolitik» und ähnliche Titelüberschriften machten nach der Wahl im Februar die Runde. Welches ist euer Verständnis von Reformpolitik?

KStR: Die Gefahr besteht natürlich, dass man Reformen zu verwirklichen sucht, ohne dass diese von einer gemeinsamen Richtung getragen sind.

zs: Welches wäre nun die gemeinsame Richtung?

KStR: Wir wollen keine «interne» Behörden- und Gremienpolitik betreiben, sondern versuchen, das Problembewusstsein aller betroffenen studentischen Kreise durch gezielte Informationspolitik zu steigern.

zs: Welches sind die konkreten Massnahmen, die der KStR unternimmt, um der Vermassung an der Universität entgegenzuwirken?

KStR: Die Möglichkeiten des KStR sind begrenzt. Konkret werden wir mithelfen, die Kapazitätsengpässe zu mildern, indem durch Umfragen die letzten Reserven ermittelt und ausgeschöpft werden.

zs: Dies wird ja schon von der Behördenseite getan.

KStR: Ja, aber eine wichtige Aufgabe der Studentenvertretung ist es, dafür zu sorgen, dass diese Probleme nicht auf dem Kopf des Studenten gelöst werden. Die Entscheidungsträger müssen andere Anstrengungen unternehmen.

zs: Ihr seht also keine Möglichkeiten, den Sachzwängen auszuweichen?

KStR: Um Schichtarbeit in den Laboratorien wird man wahrscheinlich kaum herumkommen. Hier können wir nur am Rand versuchen, den Studenten aus den technokratischen Verhältnissen an der Hochschule herauszubringen. Mehr als Symptombehandlung liegt kurzfristig nicht drin. Langfristig kommt natürlich nur eine Aenderung der Bildungspolitik in Frage.

zs: In welchen andern Bereichen bestehen Möglichkeiten, den drohenden Numerus clausus zu umgehen?

KStR: Es geht vor allem darum, die nötigen Vergrösserungen des Lehrkörpers vorzunehmen. Dies kann man heute schon machen. Allein vom Raumproblem her droht in nächster Zeit kein Numerus clausus.

zs: Ein anderes Problem bildet die Stipendienregelung. Wohl hatte der studentische Vertreter die Möglichkeit, gegen die Einschränkungen in der Kommission zu protestieren, dies hat aber nichts genützt. Was wäre hier zu machen?

KStR: Der Sinn ist ja nicht nur, dass man einen Studenten delegiert. Man muss ihm auch ein bestimmtes Konzept mitgeben, das von der Oeffentlichkeit diskutiert wird. Dann ist der einsame Delegierte weniger einsam.

zs: Dies nützt aber dann nicht viel, wenn es um politische Entscheide geht, was ja praktisch immer der Fall ist.

KStR: Für die Behörden sind natürlich die pragmatischen Gesichtspunkte die oberste Maxime. Hier muss der studentische Vertreter eingreifen, denn sonst fällt ja eine ganze Dimension, zum Beispiel die soziale, weg. Das studentische Kommissionsmitglied muss eine Zielvorstellung haben.

zs: Die da lautet?

KStR: Soviel wie möglich. Und gut verteilt.

zs: Welche Mittel schlagt ihr vor, wenn dies nicht gelingt?

KStR: Das lassen wir noch offen.

zs: Würdet ihr Streiks ausschliessen?

KStR: Die Frage ist nicht, ob man Streiks ausschliessen würde, sondern ob sie sinnvoll sind. Das kommt auf die Situation an. Bei den Stipendien sollte man aber zuerst andere Massnahmen ergreifen: zum Beispiel durchsetzen, dass den Schwerstbetroffenen Studien- und Prüfungsgelder und ähnliches erlassen werden.

zs: Der KStR hat auch einen Kulturminister. Was ist in diesem Bereich vorgesehen? Droht Kabarett à la Emil, oder geht man von einem andern Kulturverständnis aus?

KStR: Emil kommt sicher nicht. Es ist daran gedacht, den Komplex Arbeitgeber–Arbeitnehmer darzustellen. Wie sieht der Arbeiter seinen Arbeitsplatz, wie sieht ihn der Arbeitgeber? Auf höherer Ebene ist das Verhältnis Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften zu untersuchen. Ein anderes Problem in diesem Komplex sind die Vernehmlassungen. Welche Einflüsse hat der Vorort, welche die andern Verbände usw. Der Rahmen der Veranstaltung ist noch nicht bestimmt.

zs: Die Vernehmlassung zum Unigesetz ist abgelaufen. Auf welche Punkte werdet ihr in der weiteren Phase besonders Wert legen?

KStR: Es werden die gleichen sein, auf die man schon bisher die Schwerpunkte der studentischen Arbeit gesetzt hat: Autonomie der Universität, Mitbestimmung, Stellung der Studentenschaft. Und vor allem Flexibilität der Strukturen.

zs: Was könnt ihr zum Beispiel in der Mitbestimmung akzeptieren, was nicht?

KStR: Nicht akzeptabel ist, dass durch ein neues Unigesetz Mitbestimmung, wie sie schon verwirklicht ist, rückgängig gemacht wird. Auf eine Drittelparität dringen wir nicht. Sie hat den Nachteil, dass eine Klasseneinteilung (Professoren/Assistenten/Studenten) vorgenommen wird, die nicht sinnvoll ist. Auch vom Personalproblem her ist die Drittelparität unrealistisch.

zs: Eine andere Maximalforderung wäre, einen Verteilschlüssel anzustreben, wo die Studenten nicht a priori überstimmt werden können.

KStR: Auf Fachbereichsebene ist dies sicher anzustreben, allgemein überall dort, wo die Studenten direkt betroffen sind.

zs: Wie ist das konkrete Vorgehen geplant?

KStR: Der Ball ist im Moment nicht bei uns. Man wird versuchen, auf Parteien und Kantonsräte vermehrt Einfluss zu nehmen und nicht isoliert zu handeln.

zs: Die jüngsten Repressionen der Berner Regierung gegen die Studentenschaft der Uni Bern zeigen, dass das Verständnis des politischen Mandats der Studentenschaft für diese eine existentielle Rolle spielt. Wie versteht der neue KStR das politische Mandat?

KStR: Wir verstehen das so, dass Studenten überall dort aktiv werden, wo studentische Interessen gegeben sind. Was studentische Interessen sind, wird von den Studenten sicher extensiver ausgelegt, als dies z. B. die Berner Regierung tun wird.

Man muss sich als Studentenvertreter aber schon bewusst sein, dass man eine beachtliche Anzahl Studenten im Hintergrund hat, die sich politisch in keiner Art exponieren wollen und dies von ihrer Vertretung auch nicht wünschen.

zs: Das Problem der Basisvertretung also. Wie soll dieser Kontakt intensiviert werden?

KStR: Dies ist eines der zentralen ungelösten Probleme innerhalb der Studentenschaft. Wir wollen versuchen, den Kontakt zu den Fachschaften zu verstärken und mehr zu koordinieren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Es zeigt sich nämlich, dass viele Fachschaften die genau gleichen Probleme haben, die man zusammen weniger personalintensiv bearbeiten sollte.

uni

Vorfahrt für die Retourkutsche

Betrachtet man die verschiedenen Entwürfe und Vernehmlassungen zum Universitätsgesetz mit Blick auf die Kantonsratsdebatte und auf die Volksabstimmung, so ist die universitätslastige Einseitigkeit nicht zu verkennen. Die sicher positiv zu wertende Atonomie mit drittelparitätischer Mitbestimmung, wie sie das SP-Modell vorsieht, hat hier kaum Chancen, verwirklicht zu werden; mit der rhetorischen Frage «Soll das Mitbestimmungsrecht des Volks in Universitätsfragen abgeschafft werden?» wäre es den Gegnern – aus welchen Motiven auch immer – ein leichtes, das Autonomiepostulat zu Fall zu bringen. Und was nützt die Tatsche, dass das SP-Modell vielleicht als einziges für sich in Anspruch nehmen kann, die Reformpostulate aus dem Wissenschaftsbetrieb selbst zu schöpfen, wenn gleichzeitig der Erziehungsrat von Universitätsfragen «entlastet» wird. Dass der Erziehungsrat das Volk nicht (mehr) repräsentiert, ist hier kaum von Belang, und die Chancen, dass ein Bewusstseinsprozess eintritt, sind ohnehin gering.

Wenig politische Durchsetzungskraft verrät (hier: zum Glück!) auch das FP-Modell. Die Argumentation von seiten der Gegner des Bildungsartikels hat gezeigt, dass der Bund in Schul- und Universitätsfragen sowenig wie möglich zu sagen haben sollte, wenn einem neuen Gesetz die Stimmen des Biertisches sicher sein sollen. – Die Forderung der FP, auch einen Vertreter des Bunds im Universitätsrat Einsitz nehmen zu lassen, ist damit lediglich eine Referenz an das fortschrittliche Kapital; politische Verwirklichungschancen bestehen nicht.

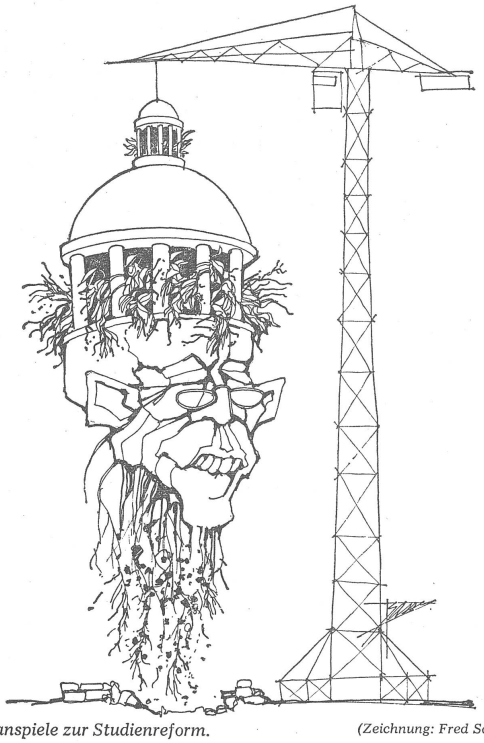
Die Vernehmlassung der FP sieht zwar für progressive Studentenpolitiker, die in den letzten Jahren keine andere Möglichkeit sahen, als auf der Welle der fortschrittlichen Technokratie zu «surfen», auf den ersten Blick nicht verabscheuenswürdig aus. Die FP-Forderung nach «tatsächlicher Mitbestimmung» ist aber nicht viel mehr als hohle Phrase, wenn der Verteilungsschlüssel fehlt. Das «Verantwortungsbewusstsein der angehenden Akademiker» wird nicht überfordert werden, solange sie von den Dozenten überstimmt werden können. Angesichts der Vernehmlassungsschrift der FP ist zwar der Entwurf von 1971 und damit das Postulat, die Universität wie ein Grossunternehmen zu führen, etwas geschwächt worden. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Vernehmlassung immer dann auf ihr Management-Modell hinweist, wenn es um Organisations- und Führungsmethoden geht. Ebenso haben sich die Freisinnigen bis jetzt noch nicht distanziert von der Forderung, die Universität müsse in erster Linie in möglichst kurzer Zeit – Grundstudium/Fachstudium/Nachdiplomstudium – den Studenten das nötige Fach- und Berufswissen aufdampfen, damit das «Material» möglichst schnell verwertet werden kann und nur in hochqualifizierte «Stücke» ein Nachdiplomstudium (wissenschaftliche Arbeit) investiert werden muss. Das sollte zu denken geben.

Hier müsste man meinen, dass wenigstens von der Universität halbwegs realisierbare Vorschläge kommen. Sehen wir uns die Voraussetzungen dazu an: Einmal lehnt sich die Synthese eng an den Vorentwurf an, der nicht viel mehr als schlechten Wein in neuen Schläuchen bietet und in seinen Erläuterungen geradezu peinlich dürftig ist; zum andern musste die universitätsinterne Unigesetzkommission der «Einheit der Universität» zuliebe zu einem schmalen Konsens kommen, der grundsätzliche Diskussionen schon aus Zeitnot verunmöglichte. Den Lehr- und Forschungsbetrieb zu verbessern und zukünftige kaum absehbare wissenschaftliche Entwicklungen strukturell zu ermöglichen – dies sind neben den funktionellen Zusammenhängen Staat/Universität/Interessengruppen die Kriterien für ein neues Universitätsgesetz! – das vermag auch die Synthese nicht zu leisten, wenn sie vor dem Volk vielleicht noch bestehen könnte (weil universitätsintern schon erprobt).

Die eben eingesetzte Unigesetzkommission der Erziehungsdirektion ist um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. Für grundsätzliche Diskussionen ist der Zug abgefahren. Ein Gesetz fertigzubringen, das einerseits wirkliche Verbesserungen bringt und Basismitbestimmung – nicht nur Verantwortung für ein paar verbohrte Funktionäre – verwirklicht und anderseits reelle Chancen hat, in einer Abstimmung zu bestehen, das zusammen ist kaum anders als mit der vielzitierten Quadratur des Kreises zu vergleichen.

Dazu – das darf nicht unterschätzt werden – drängt die Zeit. Regierungsrat Gilgen sollte endlich den ersten Stempel in sein Leistungsbüchlein gedrückt bekommen; etwa Ende nächsten Jahres wird abgestimmt werden über ein hoffentlich nicht mittelmässiges Gesetz, dem die alte Universitätsordnung noch vorzuziehen wäre: Ungenügende Qualität des neuen war schon allemal der Feind des schlechten, weil die Möglichkeiten zum Fortschritt auf Jahre hinaus vertan sind.

Thomas G. Rüst



Kranspiele zur Studienreform. *(Zeichnung: Fred Sassen)*

Der Herr wird es schon richten

Hoffen und Zittern: Mit diesen Worten kann man die Gefühlslage umschreiben, die bei den Männern der Erziehungsdirektion in puncto Numerus clausus um sich greift. Nachdem sie versucht hatten, in aller Stille – dies misslang dann – die Voranmeldung für Medizin und Psychologie als obligatorisch zu erklären, sind jetzt weinerliche Töne über die «unerfreuliche» und «von niemandem gewollte» Lage an der Numerus–clausus–Front zu hören.

Das Feigenblatt der Sachzwänge, mit denen die Kapazitätsengpässe nun kaschiert werden sollen, erweist sich bei näherem Zusehen lediglich als die Feigheit, die kurzsichtige Politik der letzten Jahre zuzugeben: Beförderungsstopps pflegte man am Walchetor mit dem Ziehen der Notbremse zu vergleichen und gegen Abstriche am Strickhofprojekt hatte man nichts einzuwenden.

Dass sich in nächster Zeit etwas an dieser Politik ändern wird, ist leider nicht abzusehen. Neuestes Beispiel dazu ist die Voranmeldung bei den Psychologen: Bei der ED wird sie lediglich als «ein Versuch» betrachtet, der – so wird zugegeben – zwar «nichts nützt», aber auch «nicht viel Umtriebe bereitet. Also fröhlich drauf los, man wird dann weiter sehen. Hätte man sich, der anscheinend unzumutbaren Arbeit unterzogen, die Zuwachsraten für die Mediziner auszurechnen, so wäre bald einmals herausgekommen, dass bei 7 Prozent pro Jahr der Ballon irgendwann platzen muss. Dieses Jahr wird es noch nicht soweit sein. Offiziell wenigstens nicht. Der Grund dafür ist politisch: Der Bund verteilt 100 Mio. Franken, die aus den Grundbeiträgen ausgesondert worden sind, nur an jene Universitäten, die keinen Numerus clausus haben. Dass bis jetzt kein Beschluss gefasst wurde, nicht mehr als etwa 380 Mediziner aufzunehmen, tut jedoch nichts zur Sache und macht die Verhältnisse um keinen Laborplatz oder Assistenten besser.

Bei den Zürcher Behörden setzt man dieses Jahr auf die nicht ausgelasteten aber nur bis zum 1. Prope geführten medizinischen Fakultäten in Neuenburg und Fribourg. Viele Studenten wollen ihre vorklinischen Semester jedoch nicht an jenen Universitäten absolvieren: Andere Universitäten hatten sich schon letztes Jahr gedrückt, die schwarzen Schafe aus Fribourg und Neuenburg für die klinischen Semester aufzunehmen.

Auch mit den Zürcher Kapazitätszahlen pokert man in Glaube und Hoffnung auf dem Rücken der überlasteten Fakultät weiter: Ziel ist, die sieben mageren Jahre bis zur Inbetriebnahme des «Strickhofs» durchzustehen. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall – siehe Zuwachsraten –, dass dies misslingt – will sagen, dass trotz optimaler Verteilung mit den Voranmeldeaktionen mehr Studenten für Zürich als Plätze vorhanden sind –, für diesen Fall ist man in Zürich buchstäblich ratlos: Was nicht sein darf, wird nicht sein. Mit diesem Kinderglauben versperrt man sich jedoch in fataler Art den Weg für Uebergangslösungen, für die immer weniger Zeit bleibt.

Merke: Auch nächstes Jahr geht es noch sechs Jahre bis zum «Strickhof», aber der Herr wird es schon richten . . .

Thomas G. Rüst

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH

Institut für Tierernährung
an der ETH, Universitätsstr. 2
Tel. 32 62 11, intern 3273

Büldung statt Bewusstsein

Fortsetzung von Seite 3

Möglichkeiten dazu geboten werden. Aber es besteht ein Unterschied zwischen Benützung bestehender Freiräume und dem krampfhaften Versuch, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Auf letzteres liefe es hinaus, wollte man sich auf das Ziel kaprizieren, von der Hochschule das materielle Substrat für eine Gegenhochschule zur Verfügung gestellt zu bekommen.

So nicht – wie denn?

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass eine höhere Dotierung der als Ideologieproduzentin für das Kapital unbrauchbar gewordenen Abt. XII A nicht zu erwarten ist, wenn wir folgerichtig auch keine Hoffnung auf vermehrte «Integration» in die Fachabteilungen, Einführung von Wahlfächern geisteswissenschaftlicher Art an Vordiplom- und Diplomprüfungen etc. hegen dürfen: Was bleibt zu tun? Darauf warten, bis einige Dozenten der Fraktion «fortschrittliches Kapital» aus dem Musentempel ein *Rechtfertigungsinstitut* für die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus gemacht haben? Das wäre zwar wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, die Geldschleusen wieder zu öffnen, aber ich würde meinen, wenn es erst mal dazu gekommen ist, sollte man sie besser wieder schliessen ... Was also?

Es dürfte aufgefallen sein, dass bei der Untersuchung der akuten Schwierigkeiten ein marxistischer Ansatz zu in sich logischen und in ihren Konsequenzen sinnvollen Resultaten geführt hat. Dieser Ansatz verdient es, weitergeführt zu werden, und zwar nicht von einem über den Niederungen täglicher Hochschularbeit schwebenden Philosophen, *sondern in den einzelnen Vorlesungen, Seminarien und Kolloquien der Fachabteilungen.* Und das geschieht eben nicht durch Berufung einiger Dozenten, an die Abt. XII A, sondern nur dadurch, dass gleichzeitig mit der Vermittlung irgendeines Wissensstoffes seine kritische Reflexion, die Erfassung seines polit-ökonomischen Stellenwerts geschieht. Ein Versuch, dies zu tun, endete an der Architekturabteilung mit dem Rausschmiss der Gastdozenten Schulte, Janssen und Zinn. Und man muss damit rechnen, dass weitere Versuche dieser Art ebenso enden werden – Siegeseuphorie wäre also verfrüht, falls es gelingt, wieder mal die Berufung eines Marxisten zu erreichen. Dennoch ist dies die einzige Möglichkeit: den Hebel dort anzusetzten, so eine echte Breitenwirkung erzielt werden kann – also im Fachstudium. Immer und immer wieder versuchen, den durchschnittlich karrieristischen ETH-Studenten auf den Gedanken zu bringen, Studium könnte auch was anderes sein als nur vier lästige Jahre behufs Erlangung des Diploms. Und schliesslich das beherzigen, was der Kabarettist Dietrich Kittner so formulierte: *«Wir müssen uns nur darüber klar werden, dass schon wir paar Leute in diesem Saal ein vielfaches einer Bank darstellen. Mit der entsprechenden Macht. Wir müssen uns nur entsprechend organisieren.»*

Auf unsere Situation bezogen: Realistischerweise müssen wir sehen, dass die Hochschulbehörden – beispielsweise auf dem Sektor Berufungen – noch eine ganze Weile gegen die fortschrittlichen Kräfte regieren können und werden. Aber nicht unbegrenzt lange; und je klarer wir uns ausdrücken, je besser wir uns organisieren, desto schneller werden wir erreichen, was als einzige Alternative zum verrosteten Betrieb namens XII A übrigbleibt: Keine mehr oder minder kritischen Sonderveranstaltungen in den Abendstunden – sondern Marxisten in den Lehrbetrieb! Oder manchmal anders: *Ein Sozialist im Maschinenlabor ist besser als zehn Vorlesungen über das Leben von Karl Marx.*

Und dann brauchen wir eigentlich auch kein XII A mehr. Dann wird die Trennung von Natur- und Geisteswissenschaften endlich als das erkannt, was sie schon immer war: als Fiktion. Als Fiktion im Interesse der Klasse, die bei uns – noch! – herrscht.

Aushilfe-Lehrer an unserem Schulungszentrum

Wir bilden an unserem Schulungszentrum jüngere und auch nicht ganz junge Leute aus, u. a. nach einem vorbereiteten Lehrplan im

Maschinenschreiben, bis ca. 26 Std. pro Woche

Hätten Sie Interesse, Ihr Wissen und Können in diesem Fach weiterzugeben und Ihr pädagogisches Talent für diese Sache einzusetzen?

Rufen Sie bitte an,

wir möchten gerne mit Ihnen über die Details sprechen.

Telephon (01) 29 28 11, intern 2579. BD035

Zum guten Essen

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk –.75, Kaffee –.75).

aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), 100 Schritte vom Limmatquai (»Wellenberg« am Abend mit Pianist).

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)

Tea-Room »Vogelsang«

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30
8006 Zürich

Für Studenten 10% günstiger essen mit VOGELSANG-SCHECKS!

Wir empfehlen Entrecôte, Pommes-frites, Salat, Fr. 6.80.
½ Poulet mit Salat Fr. 4.—.

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH
Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30

PHARMA TIP: Die Frühlingsgefühle eilen oft der Wettersituation voraus; daher Vorsicht bei Naturerlebnissen: Seelenwärme ersetzt nicht die warme Kleidung! (Der Apotheker hält noch ein winterliches Sortiment von Erkältungsmitteln für Sie bereit).

Farben
zum selber malen
und die gute
Beratung bei
CANONICA! + Co
Schaffhauserstrasse 6
(vis-á-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Tennis

Beratung und Verkauf von Tennisartikeln durch Spezialisten. Schöne Auswahl in Rakkets, Bälle, Schuhe sowie Tennisbekleidung. Bespannen sämtlicher Rackets innert Tagesfrist. Täglich durchgehend geöffnet von 8.00 bis 18.30 und Donnerstag bis 21.00 Uhr. Parkplatz vor dem Hause.

STADI-SPORT
Josefstr. 59 8005 Zürich Tel. 01 44 14 88

transteam ag
Temporär- u. Dauerstellen
Ramistr. 50, 8001 Zürich 01 47 60 88

Wer nicht sehen will dem hilft keine Brille
kweitel Dipl. Optiker, Zürich 1
Limmatquai 94
Rudolf-Mosse-Haus
Eingang Mühlegasse Tel. 47 78 99

Abonnieren Sie den »Zürcher-Student«

Jurisprudenz Nationalökonomie Architektur

neu und antiquarisch in reicher Auswahl

Buchhandlung und Antiquariat Raunhardt

Inhaber Gerhard Heinimann & Co.

Zürich 1, Kirchgasse 17
Tel. (01) 32 13 68
beim Grossmünster

Sekretariats-Kurse

Unterricht vormittags, nachmittags, abends und Samstag

Ausbildung für Büropraxis
Handelsdiplomkurse

Spezialkurs

zur Ausbildung von Anwaltssekretärinnen

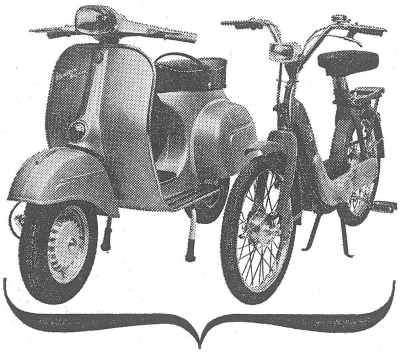
Einzelkurse in Hauptsprachen und Handelsfächern
Intensivkurse

Auskunft und Prospekte durch das Sekretariat

Handelsschule Dr. Gademann, Zürich
Gessnerallee 32, beim Hauptbahnhof, Tel. (01) 25 14 16

Vespa
der meistgekaufte Roller der Welt
ab **Fr. 1595.–**

Ciao
das meistgekaufte Mofa der Schweiz
ab **Fr. 695.–**



Beratung, Verkauf, Service:
A. Fontana
Sonneggstrasse 20 Tel. 47 32 58 8006 Zürich

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Fernrohre, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

KONTAKTLINSEN
Studentenpreis
Fr. 380.– netto

Audiovisuell

Sprachen
intensiv
rasch
für die Praxis
mit Sprachlabor
Englisch
Französisch
Italienisch
Spanisch
Deutsch

Unser Lernziel:
aktive Sprachbeherrschung
auf jeder Stufe

Kursstufen I-VII
3-20 Std.
pro Woche
tagsüber
und abends
Intensivkurse
Beginn
alle
4 Wochen

Neue Kurse ab Ende April 1973

Audiovisuelles Sprachinstitut
Lehrervereinigung für programmierten Sprachunterricht
Limmatquai 110 8001 Zürich
Telefon 01/ 32 66 25